

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1973

Ausgegeben am 11. Mai 1973

48. Stück

208. Verordnung:	Bemessung und Pauschalierung einer Gefahrenzulage
209. Verordnung:	Festsetzung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung
210. Verordnung:	Festsetzung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung für die Wachebeamten
211. Verordnung:	Festsetzung von pauschalierten Aufwandsentschädigungen
212. Kundmachung:	Beitritt Dänemarks und Koreas zum Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
213. Beschluß Nr.	2/1973 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation
214. Beschluß Nr.	2/1973 des Gemeinsamen Rates der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland
215. Beschluß Nr.	7/1973 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation
216. Beschluß Nr.	7/1973 des Gemeinsamen Rates der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland
217. Abänderung	des Artikels 32 Absatz 5 des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation
218. Abänderung	des Artikels 6 Absatz 4 des Übereinkommens zur Schaffung einer Assoziation zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland

208. Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 19. März 1973 über die Bemessung und Pauschalierung einer Gefahrenzulage

Auf Grund des § 19 b in Verbindung mit § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen verordnet:

§ 1. Den Wachebeamten des Gendarmeriedienstes, des Sicherheitswachdienstes, des Wachdienstes in Polizeigefängnissen, des Kriminaldienstes und des Kriminal-Vorbereitungsdienstes sowie den Beamten des rechtskundigen Dienstes bei den Bundespolizeibehörden gebührt für jede Stunde einer tatsächlichen dienstlichen Tätigkeit im exekutiven Außendienst eine Gefahrenzulage.

§ 2. Die Gefahrenzulage beträgt für jede Stunde 1 v. T. des Gehaltes (einschließlich allfälliger Teuerungszulagen) der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V der Beamten der Allgemeinen Verwaltung. Für Bruchteile von Stunden gebührt der verhältnismäßige Teil der Gefahrenzulage.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit 1. Mai 1973 in Kraft.

Rösch

209. Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 19. März 1973 über die Festsetzung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung

Auf Grund des § 20 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen verordnet:

§ 1. Den Wachebeamten des Gendarmeriedienstes, des Sicherheitswachdienstes, des Wachdienstes in Polizeigefängnissen, des Kriminaldienstes und des Kriminal-Vorbereitungsdienstes sowie den Beamten des rechtskundigen Dienstes bei den Bundespolizeibehörden gebührt für jede dienstliche Tätigkeit während der Nachtstunden (22.00 bis 06.00 Uhr) eine Aufwandsentschädigung.

§ 2. Die Aufwandsentschädigung beträgt für jede Stunde S 5'25. Für Bruchteile von Stunden gebührt der verhältnismäßige Teil der Aufwandsentschädigung.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit 1. Mai 1973 in Kraft.

Rösch

210. Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 17. April 1973 über die Festsetzung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung für die Wachebeamten

Auf Grund des § 20 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen verordnet:

§ 1. Den Wachebeamten des Gendarmeriedienstes, des Sicherheitswachdienstes, des Wachdienstes in Polizeigefangenhäusern, des Kriminaldienstes und des Kriminal-Vorbereitungsdienstes gebührt eine pauschalierte monatliche Aufwandsentschädigung nach Maßgabe des § 2.

§ 2. Die pauschalierte Aufwandsentschädigung beträgt:

- 1. für Beamte der Verwendungsgruppe W 1 260 S
- 2. für Beamte der Verwendungsgruppen W 2 und W 3, soweit sie nicht unter Z. 3 und 4 fallen 290 S
- 3. für Beamte der Verwendungsgruppen W 2 und W 3
 - a) des Gendarmeriedienstes, die die Exekutivdiensttauglichkeit nicht besitzen;
 - b) des Sicherheitswachdienstes, die nicht überwiegend im Außendienst oder im Nachtdienst stehen 175 S
- 4. für in theoretischer Ausbildung stehende provisorische Beamte der Verwendungsgruppe W 3 120 S

§ 3. Diese Verordnung tritt mit 1. Mai 1973 in Kraft.

Rösch

211. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 24. April 1973 über die Festsetzung von pauschalierten Aufwandsentschädigungen

Auf Grund des § 20 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54,

in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers verordnet:

§ 1. Den Beamten des Zollwachdienstes gebührt eine pauschalierte monatliche Aufwandsentschädigung.

§ 2. Die monatliche Aufwandsentschädigung beträgt

- 1. für Beamte der Verwendungsgruppe W 1 260 S,
- 2. für Beamte der Verwendungsgruppe W 2 und W 3 im Bundesministerium für Finanzen, bei Streifenabteilungen im Streif- und Vorpaßdienst (einschließlich Fahrdienst) sowie im Zollstraßen- und Arbeitsplatzüberwachungsdienst (einschließlich Grenzkontrolldienst), in den Grenz-, Zoll- und Personalreferaten der Finanzlandesdirektionen, bei den Strafsachenstellen (Zollfahndungsdienst) der Zollämter am Sitze der Finanzlandesdirektionen, bei den Zollwachfunkstellen, bei der Zollwachschule (Stammpersonal), bei der Hochgebirgsschule Jamtal und den Zollwachschschulen Obernberg am Brenner, Koschuta, Holzschlag und Tauplitz in Verwendung als Kursvortragende, Ausbilder oder Kursteilnehmer, und bei der Diensthundeschule Baumgarten an der March 290 S,
- 3. für Beamte der Verwendungsgruppe W 2 und W 3 in ausschließlicher Dienstverwendung bei Grenzzollämtern oder in Dienstverwendung bei anderen Zollämtern mit einer Dienstverpflichtung, die regelmäßig Sonn- und Feiertagsdienste sowie Nachtdienste umfaßt 240 S,
- 4. für provisorische Beamte der Verwendungsgruppe W 3, die im Rahmen eines Einführungslehrganges oder während des ersten Ausbildungsabschnittes des Grundkurses zur Dienstprüfung für die Zollwache in theoretischer Ausbildung stehen 120 S,
- 5. für Beamte der Verwendungsgruppe W 2, soweit sie nicht unter Ziffer 2 und 3 sowie für Beamte der Verwendungsgruppe W 3, soweit sie nicht unter Ziffer 2, 3 und 4 fallen 175 S.

§ 3. Weiters gebührt den Beamten des Zollwachdienstes für jede dienstliche Tätigkeit während der Nachtzeit (22.00 bis 06.00 Uhr) eine Aufwandsentschädigung (Nachtdienstgeld).

§ 4. Die Aufwandsentschädigung (Nachtdienstgeld) nach § 3 beträgt für jede Stunde S 5'25 S.

Für Bruchteile von mehr als 30 Minuten pro Stunde gebührt der volle Stundensatz, hingegen haben Bruchteile bis zu 30 Minuten unberücksichtigt zu bleiben.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit 1. Mai 1973 in Kraft.

Androsch

212. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 30. April 1973 betreffend den Beitritt Dänemarks und Koreas zum Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sind Dänemark und Korea mit Wirksamkeit vom 22. März 1973 bzw. vom 9. Mai 1973 Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. Nr. 200/1961, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 127/1972) geworden.

Die Beitrittsurkunden Dänemarks und Koreas enthalten folgende Erklärungen:

D ä n e m a r k

Gemäß den Bestimmungen des Artikels X Absatz 1 gilt das genannte Übereinkommen zur Zeit nicht für die Färöer-Inseln und Grönland. Gemäß den Bestimmungen des Artikels I Absatz 3 wird es nur betreffend die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates ergangen sind, angewendet werden. Es gilt nur in bezug auf Handelsbeziehungen.

K o r e a

Gemäß Artikel I Absatz 3 des gegenwärtigen Übereinkommens erklärt die Regierung der Republik Korea, daß sie das Übereinkommen nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden werde, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates ergangen sind. Sie erklärt weiters, daß sie das Übereinkommen nur auf Streitigkeiten aus solchen Rechtsverhältnissen, sei es aus vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, anwenden werde, die nach dem nationalen Recht als Handelssachen angesehen werden.

Kreisky

213.

EUROPEAN FREE TRADE
ASSOCIATION

EFTA/DC 2/73

**DECISION OF THE COUNCIL No. 2 OF
1973**

(Adopted at the 8th Simultaneous Meeting
on 2nd March 1973)

**AMENDMENT OF ARTICLE 4 OF AND
ANNEX B TO THE CONVENTION**

THE COUNCIL,

Having regard to paragraph 5 of Article 4 of
the Convention,

DECIDES:

1. The provisions in Article 2 of Part I of
Annex B shall be applicable also for Norway in
all cases where the conditions for the application
of paragraph 1 of Article 25 of Part I of
Annex B are fulfilled, even if Norway has no
Agreement in force which establishes a free trade
area with the European Economic Community
and the European Coal and Steel Community.

2. This Decision shall enter into force on the
day that Council Decision No. 1 of 1973 enters
into force.

(Übersetzung)

EUROPÄISCHE FREIHANDELS-
ASSOZIATION

EFTA/DC 2/73

BESCHLUSS DES RATES Nr. 2/1973

(In der 8. gemeinsamen Sitzung am 2. März
1973 gefaßt)

**ABÄNDERUNG DES ARTIKELS 4 UND DES
ANHANGS B DES ÜBEREINKOMMENS**

DER RAT hat,

gestützt auf Artikel 4 Absatz 5 des Überein-
kommens,

BESCHLOSSEN:

1. Die Bestimmungen des Artikels 2 des Teils I
des Anhangs B sind auch von Norwegen in allen
Fällen anzuwenden, in denen die Bedingungen
für die Anwendung des Artikels 25 Absatz 1
des Teils I des Anhangs B erfüllt sind, und zwar
auch dann, wenn in Norwegen das Abkommen
über die Errichtung einer Freihandelszone mit der
Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der
Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
noch nicht in Kraft ist.

2. Dieser Beschluß wird an dem Tag wirksam,
an dem der Ratsbeschuß Nr. 1/1973¹⁾ in Kraft
tritt.

3. The Secretary-General of the European Free Trade Association shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

3. Der Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation wird den Text dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

¹⁾ Der Beschluß Nr. 1/1973 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation ist unter BGBl. Nr. 141/1973 verlautbart

Kreisky

214.

(Übersetzung)

FINLAND-EFTA
ASSOCIATION

FINEFTA/DJC 2/73

DECISION OF THE JOINT COUNCIL No. 2 OF 1973

(Adopted at the 8th Simultaneous Meeting
on 2nd March 1973)

AMENDMENT OF ARTICLE 4 OF AND ANNEX B TO THE CONVENTION

THE JOINT COUNCIL,

Having regard to paragraph 5 of Article 4 of
the Convention,

Having regard to paragraph 6 of Article 6 of
the Agreement,

DECIDES:

1. Decision of the Council No. 2 of 1973 shall
be binding also on Finland and apply in relations
between Finland and the other Parties to the
Agreement.

2. The provisions in Article 2 of Part I of
Annex B shall be applicable also for Finland in
all cases where the conditions for the application
of paragraph 1 of Article 25 of Part I of Annex B
are fulfilled, even if Finland has no Agreement
in force which establishes a free trade area with
the European Economic Community and the
European Coal and Steel Community.

3. This Decision shall enter into force on the
day that Joint Council Decision No. 1 of 1973
enters into force.

4. The Secretary-General of the European Free
Trade Association shall deposit the text of this
Decision with the Government of Sweden.

FINNLAND-EFTA
ASSOZIIERUNG

FINEFTA/DJC 2/73

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN RATES Nr. 2/1973

(In der 8. gemeinsamen Sitzung am 2. März
1973 gefaßt)

ABÄNDERUNG DES ARTIKELS 4 UND DES ANHANGS B DES ÜBEREINKOMMENS

DER GEMEINSAME RAT hat,

gestützt auf Artikel 4 Absatz 5 des Überein-
kommens,

gestützt auf Artikel 6 Absatz 6 des Assozi-
ierungs-Übereinkommens,

BESCHLOSSEN:

1. Der Ratsbeschluß Nr. 2/1973 ¹⁾ ist auch für
Finnland bindend und auf die Beziehungen zwi-
schen Finnland und den anderen Parteien des
Assoziierungs-Übereinkommens anzuwenden.

2. Die Bestimmungen des Artikels 2 des Teils I
des Anhangs B sind auch von Finnland in allen
Fällen anzuwenden, in denen die Bedingungen für
die Anwendung des Artikels 25 Absatz 1 des
Teils I des Anhangs B erfüllt sind, und zwar
auch dann, wenn in Finnland das Abkommen
über die Errichtung einer Freihandelszone mit
der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und
der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und
Stahl noch nicht in Kraft ist.

3. Dieser Beschluß wird an dem Tag wirksam,
an dem der Beschluß des Gemeinsamen Rates
Nr. 1/1973 ²⁾ in Kraft tritt.

4. Der Generalsekretär der Europäischen Frei-
handelsassoziation wird den Text dieses Be-
schlusses bei der Regierung Schwedens hinter-
legen.

¹⁾ Der Beschluß Nr. 2/1973 des Rates der Europä-
ischen Freihandelsassoziation ist unter BGBl. Nr. 213/
1973 verlautbart

²⁾ Der Beschluß des Gemeinsamen Rates Nr. 1/1973
der Finnland-EFTA Assoziierung ist unter BGBl.
Nr. 160/1973 verlautbart

Kreisky

215.EUROPEAN FREE TRADE
ASSOCIATION

EFTA/DC 7/73

**DECISION OF THE COUNCIL No. 7
OF 1973**(Adopted at the 11th Simultaneous Meeting
on 21st March 1973)**AMENDMENT OF ARTICLE 7 OF THE CON-
VENTION**

THE COUNCIL,

Considering Decision No. 1 of 1973 introducing
new provisions on origin and drawback,Having regard to paragraph 3 of Article 7 of
the Convention,

DECIDES:

1. The words "Annex B" in paragraphs 1, 2 and 5 of Article 7 of the Convention shall be amended to read "Part II of Annex B".
2. After paragraph 5 of Article 7 of the Convention a further paragraph shall be added which shall read:
"6. The provisions of this Article shall apply only to goods which are eligible for Area tariff treatment in accordance with the provisions of Part II of Annex B."
3. This Decision shall enter into force on 1st April 1973.
4. The Secretary-General shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

(Übersetzung)

EUROPÄISCHE FREIHANDELS-
ASSOZIATION

EFTA/DC 7/73

BESCHLUSS DES RATES Nr. 7/1973(In der 11. gemeinsamen Sitzung am 21. März
1973 gefaßt)**ABÄNDERUNG DES ARTIKELS 7 DES ÜBER-
EINKOMMENS**

DER RAT hat,

im Hinblick darauf, daß der Ratsbeschluß
Nr. 1/1973 ¹⁾ neue Ursprungsregeln und neue Bestim-
mungen betreffend Zollrückvergütungen
(„drawback“) einführt,gestützt auf Artikel 7 Absatz 3 des Überein-
kommens,**DÉCISION DU CONSEIL No. 7 DE 1973**(adoptée à la 11^{ème} réunion simultanée le
21 mars 1973)**AMENDEMENT DE L'ARTICLE 7 DE LA
CONVENTION**

LE CONSEIL,

Considérant la Décision No. 1 de 1973 intro-
duisant de nouvelles dispositions en matière d'ori-
gine et de ristourne des droits de douane,Vu le paragraphe 3 de l'article 7 de la Con-
vention,

DECIDE:

1. Les mots « l'annexe B » mentionnés aux para-
graphes 1, 2 et 5 de l'article 7 de la Convention
sont remplacés par: « la partie II de l'annexe B ».
2. Un nouveau paragraphe est ajouté au para-
graphe 5 de l'article 7 de la Convention, qui est
rédigé comme suit:
« 6. Les dispositions du présent article ne
s'appliquent qu'aux marchandises admises au
bénéfice du régime tarifaire de la Zone con-
formément aux dispositions de la partie II de
l'annexe B. »
3. La présente Décision entre en vigueur le 1^{er}
avril 1973.
4. Le secrétaire général déposera le texte de la
présente Décision auprès du Gouvernement de la
Suède.

BESCHLOSSEN:

1. Die Worte „des Anhangs B“ und „in An-
hang B“ im Artikel 7 Absätze 1, 2 und 5 des
Übereinkommens haben zu lauten „des Teils II
des Anhangs B“ und „in Teil II des Anhangs B“.
2. Nach dem Artikel 7 Absatz 5 des Überein-
kommens ist ein weiterer Absatz mit folgendem
Wortlaut einzufügen:
„6. Die Bestimmungen dieses Artikels sind
nur auf Waren anzuwenden, denen die Zoll-
behandlung der Zone gemäß den Bestimmun-
gen des Teils II des Anhangs B zukommt.“
3. Dieser Ratsbeschluß tritt am 1. April 1973
in Kraft.
4. Der Generalsekretär der Europäischen Frei-
handelsassoziation wird den Text dieses Beschlus-
ses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

¹⁾ Der Beschluß Nr. 1/1973 des Rates der Europä-
ischen Freihandelsassoziation ist unter BGBl. Nr. 141/
1973 verlaublich

Kreisky

216.FINLAND — EFTA
ASSOCIATION

FINEFTA/DJC 7/73

**DECISION OF THE JOINT COUNCIL
No. 7 OF 1973**(Adopted at the 11th Simultaneous Meeting
on 21st March 1973)**AMENDMENT OF ARTICLE 7 OF THE CON-
VENTION**

THE JOINT COUNCIL,

Having regard to paragraph 6 of Article 6 of
the Agreement,

DECIDES:

1. Decision of the Council No. 7 of 1973 shall be binding also on Finland and apply in relations between Finland and the other Parties to the Agreement.
2. The Joint Council Decision shall enter into force on the day the Joint Council Decision No. 1 of 1973 enters into force.
3. The Secretary-General of the European Free Trade Association shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

(Übersetzung)

FINNLAND — EFTA
ASSOZIIERUNG

FINEFTA/DJC 7/73

**BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN RATES
Nr. 7/1973**(In der 11. gemeinsamen Sitzung am 21. März
1973 gefaßt)**ABÄNDERUNG DES ARTIKELS 7 DES ÜBER-
EINKOMMENS**

DER GEMEINSAME RAT hat,

gestützt auf Artikel 6 Absatz 6 des Assozi-
ierungs-Übereinkommens,

BESCHLOSSEN:

1. Der Ratsbeschluß Nr. 7/1973¹⁾ ist auch für Finnland bindend und auf die Beziehungen zwischen Finnland und den anderen Parteien des Assoziierungs-Übereinkommens anzuwenden.
2. Dieser Beschluß des Gemeinsamen Rates wird an dem Tag wirksam, an dem der Beschluß des Gemeinsamen Rates Nr. 1/1973²⁾ in Kraft tritt.
3. Der Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation wird den Text dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

¹⁾ Der Beschluß Nr. 7/1973 des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation ist unter BGBl. Nr. 215/1973 verlaublich

²⁾ Der Beschluß des Gemeinsamen Rates Nr. 1/1973 der Finnland-EFTA Assoziierung ist unter BGBl. Nr. 160/1973 verlaublich

Kreisky

217.

Nachdem die am 8. November 1972 beschlossene Abänderung des Artikels 32 Absatz 5 des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation, welche also lautet:

EUROPEAN FREE TRADE
ASSOCIATION

EFTA/DC 12/72

**DECISION OF THE COUNCIL No. 12 of
1972**(Adopted at the 28th Simultaneous Meeting
on 8th November 1972)**AMENDMENT OF PARAGRAPH 5 OF AR-
TICLE 32 OF THE CONVENTION**

THE COUNCIL,

Considering that the number of Member States
will change,Having regard to paragraph 6 of Article 32
of the Convention,

(Übersetzung)

EUROPAISCHE FREIHANDELS-
ASSOZIATION

EFTA/DC 12/72

BESCHLUSS DES RATES Nr. 12/1972(In der 28. gemeinsamen Sitzung am 8. No-
vember 1972 gefaßt)**ABÄNDERUNG DES ARTIKELS 32 ABSATZ 5
DES ÜBEREINKOMMENS**

DER RAT hat,

in Anbetracht dessen, daß sich die Zahl der
Mitgliedstaaten ändern wird,gestützt auf Artikel 32 Absatz 6 des Über-
einkommens,

DECIDES:

1. (English)
The word "five" appearing in the third sentence of paragraph 5 of Article 32 of the Convention shall be amended to read "four".
(Français)
Le mot « cinq » figurant à la troisième phrase du paragraphe 5 de l'article 32 de la Convention est modifié et remplacé par le mot « quatre ».
2. This Decision shall enter into force when the representatives in the Council of all Member States have either accepted it without reservation or notified the Secretary-General that they can finally accept this Decision, but not before 1st January 1973.
3. The Secretary-General shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

BESCHLOSSEN:

1. (English)
Das in Artikel 32 Absatz 5 dritter Satz des Übereinkommens aufscheinende Wort „fünf“ ist durch das Wort „vier“ zu ersetzen.
(Französisch)
Das in Artikel 32 Absatz 5 dritter Satz des Übereinkommens aufscheinende Wort „fünf“ ist durch das Wort „vier“ zu ersetzen.
2. Dieser Beschluß tritt in Kraft, sobald die Vertreter aller Mitgliedstaaten im Rat ihn ohne Vorbehalt angenommen oder dem Generalsekretär notifiziert haben, daß sie diesen Beschluß endgültig annehmen können, jedoch nicht vor dem 1. Jänner 1973.
3. Der Generalsekretär wird den Text dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident diese Abänderung für angenommen und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Annahmearkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Inneres, vom Bundesminister für Justiz, vom Bundesminister für soziale Verwaltung, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, vom Bundesminister für Verkehr, vom Bundesminister für Bauten und Technik, vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, vom Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatsiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 28. Feber 1973

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Kreisky

Der Bundesminister für Inneres:

Rösch

Der Bundesminister für Justiz:

Broda

Der Bundesminister für soziale Verwaltung:

Häuser

Der Bundesminister für Finanzen:

Androsch

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:

Weihls

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie:

Staribacher

Der Bundesminister für Verkehr:

Frühbauer

Der Bundesminister für Bauten und Technik:

Moser

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung:

Firnberg

Der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz:

Leodolter

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kirchschläger

Die vorliegende Abänderung ist gemäß ihrem Abs. 2 am 2. April 1973 in Kraft getreten.

Kreisky

218.

Nachdem die am 8. November 1972 beschlossene Abänderung des Artikels 6 Absatz 4 des Übereinkommens zur Schaffung einer Assoziation zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland, welche also lautet:

FINLAND-EFTA ASSOCIATION	FINEFTA/DJC 4/72	(Übersetzung)	FINNLAND-EFTA ASSOZIIERUNG	FINEFTA/DJC 4/72
DECISION OF THE JOINT COUNCIL No. 4 of 1972			BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN RATES Nr. 4/72	
(Adopted at the 28th Simultaneous Meeting on 8th November 1972)			(In der 28. gemeinsamen Sitzung am 8. No- vember 1972 gefaßt)	
AMENDMENT OF PARAGRAPH 4 OF AR- TICLE 6 OF THE AGREEMENT			ABÄNDERUNG DES ARTIKELS 6 ABSATZ 4 DES ASSOZIIERUNGS-ÜBEREINKOMMENS	
THE JOINT COUNCIL,			DER GEMEINSAME RAT hat,	
Considering that the number of the Parties to the Agreement will change,			in Anbetracht dessen, daß die Zahl der Ver- tragsparteien zum Assoziierungs-Übereinkom- men sich ändern wird,	
Having regard to paragraph 5 of Article 6 of the Agreement,			gestützt auf Artikel 6 Absatz 5 des Assozi- ierungs-Übereinkommens,	
DECIDES:			BESCHLOSSEN:	
1. (English)			1. (Englisch)	
The word "five" appearing in the third sentence of paragraph 4 of Article 6 of the Agreement shall be amended to read "four".			Das in Artikel 6 Absatz 4 dritter Satz des Assoziierungs-Übereinkommens aufscheinende Wort „fünf“ ist durch das Wort „vier“ zu ersetzen.	
(Français)			(Französisch)	
Le mot « cinq » figurant à la troisième phrase du paragraphe 4 de l'article 6 de l'Accord est modifié et remplacé par le mot « quatre ».			Das in Artikel 6 Absatz 4 dritter Satz des Assoziierungs-Übereinkommens aufscheinende Wort „fünf“ ist durch das Wort „vier“ zu ersetzen.	

2. (English)

The word "five" appearing in the second sentence of paragraph 7 of Article 6 shall be amended to read "four".

(Français)

Le mot « cinq » figurant à la deuxième phrase du paragraphe 7 de l'article 6 de l'Accord est modifié et remplacé par le mot « quatre ».

RECOGNIZES:

3. That in the second sentence of the paragraph 7 of Article 6 of the Agreement the words "Notwithstanding the provisions of paragraph 4 of this Article," are inoperative for the time being.

FURTHER DECIDES:

4. This Decision shall enter into force when the representatives in the Joint Council of all Parties to the Agreement have either accepted it without reservation or notified the Secretary-General that they can finally accept this Decision, but not before the Council Decision No. 12 of 1972 enters into force.

5. The Secretary-General of the European Free Trade Association shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

2. (English)

Das in Artikel 6 Absatz 7 zweiter Satz aufscheinende Wort „fünf“ ist durch das Wort „vier“ zu ersetzen.

(Französisch)

Das in Artikel 6 Absatz 7 zweiter Satz aufscheinende Wort „fünf“ ist durch das Wort „vier“ zu ersetzen.

ANERKANNT:

3. daß in Artikel 6 Absatz 7 zweiter Satz des Assoziierungs-Übereinkommens die Worte „Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 4 dieses Artikels“ derzeit nicht anwendbar sind.

FERNER BESCHLOSSEN:

4. Dieser Beschluß wird zu dem Zeitpunkt wirksam, sobald die Vertreter aller Vertragsparteien zum Assoziierungs-Übereinkommen im Gemeinsamen Rat ihn ohne Vorbehalt angenommen oder dem Generalsekretär notifiziert haben, daß sie diesen Beschluß endgültig annehmen können, jedoch nicht bevor der Beschluß des Rates Nr. 12/72 in Kraft tritt.

5. Der Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation wird den Text dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident diese Abänderung für angenommen und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Annahmeerkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Inneres, vom Bundesminister für Justiz, vom Bundesminister für soziale Verwaltung, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, vom Bundesminister für Verkehr, vom Bundesminister für Bauten und Technik, vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, vom Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 28. Feber 1973

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Kreisky

Der Bundesminister für Inneres:

Rösch

Der Bundesminister für Justiz:

Broda

Der Bundesminister für soziale Verwaltung:

Häuser

Der Bundesminister für Finanzen:

Androsch

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:

Weih

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie:

Staribacher

Der Bundesminister für Verkehr:

Frühbauer

Der Bundesminister für Bauten und Technik:

Moser

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung:

Firnberg

Der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz:

Leodolter

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kirchschläger

Die vorliegende Abänderung ist gemäß ihrem Abs. 4 am 2. April 1973 in Kraft getreten.

Kreisky

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 234.—, inklusive Umsatzsteuer, für Inlands- und S 304.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von 40 g + 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 + 8% Umsatzsteuer für das Stück, in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 5780.002. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.